

Resolution: „Die Altschuldenhilfe des Bundes muss kommen!“

Starke Kommunen sind die Keimzelle einer lebendigen Demokratie. Denn Entscheidungen auf Stadt- oder Gemeindeebene betreffen die Menschen unmittelbar in ihrem Alltag. Deshalb müssen Kommunen finanziell angemessen ausgestattet sein, um den wachsenden sozialen, wirtschaftlichen und klimapolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Finanzsituation der Saar-Kommunen bleibt angespannt. Diese ist in der Regel unverschuldet und Ergebnis des andauernden Strukturwandels. Die Folge ist eine geringere Investitionskraft und höhere Kassenkredite. Die Landesregierung hat in der Zeit der Großen Koalition deshalb mit dem Saarlandpakt in einem historischen Kraftakt die Hälfte aller kommunalen Altschulden im Umfang von einer Milliarde Euro übernommen und mit dem kommunalen Rettungsschirm coronabedingte Steuerausfälle teilweise kompensiert. Es war die SPD, die schon bei der Ausgestaltung des Saarlandpaktes darauf gedrängt hat, dass der Pakt nicht nur eine reine Altschuldenübernahme durch das Land regeln soll, sondern auch Investitionen in die kommunale Infrastruktur ermöglichen muss. Mit Blick auf die Zustände unserer Hallen, Straßen, Spielplätze ist das eine Forderung, die nicht an Bedeutung verloren hat.

Die SPD-geführte Landesregierung hat seit Beginn ihrer Amtszeit den zu engen Gürtel gelockert, damit den Kommunen wieder mehr Luft zum Atmen bleibt: durch das Schulbauprogramm BAUSTEIN, beim Städtebau, die Unterstützung bei der Flüchtlingsunterbringung, die Anschaffung neuer Katastrophenschutz-Fahrzeuge, die neue Landesbauordnung u.v.m. Mit dem Transformationsfonds wurde die Grundlage geschaffen, um die Kommunen bei der energetischen Sanierung von Veranstaltungsräumen, Sportstätten oder Schulgebäuden zu unterstützen.

Durch die kürzlich erfolgten Änderungen des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) ist auch sichergestellt, dass die Kommunen bis 2064 jährlich 20 Millionen Euro als Investitionszuweisung erhalten werden, wobei dieser Betrag an die zeitliche Entwicklung angepasst wird. Dadurch stehen den Kommunen in den kommenden Jahren mehr Mittel für notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur zur Verfügung. Allein dieses Beispiel zeigt, wie stark das Land unsere Städte und Gemeinden unterstützt.

Die strukturelle Wende wird aber nur kommen, wenn der Bund endlich auch seinen Teil der Altschulden der Kommunen übernimmt. Eine strukturierte Wende erfordert nicht nur die Übernahme der Altschulden, sondern auch eine nachhaltige Finanzierungslösung für die Kommunen, die deren Zukunftsfähigkeit sichert – sowohl finanziell als auch infrastrukturell. Auch Kleinblittersdorf würde von einer entsprechenden Regelung massiv profitieren. Dafür ist eine Änderung des Grundgesetzes und damit eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat erforderlich.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass die aktuell geschäftsführende Bundesregierung noch einen neuen Anlauf in Sachen Altschulden-Lösung gewagt haben. Jetzt liegt es an den Abgeordneten des Deutschen Bundestags, unsere Städte und Gemeinden mit einer Altschuldenlösung nachhaltig zu entlasten. Es bleibt keine Zeit mehr für parteipolitische Taktierereien.

Hinzu kommt, dass der Bundestag (noch in alter Besetzung) ein Milliardenpaket beschlossen hat, um die Infrastruktur in Deutschland zu erhalten bzw. zu verbessern. Damit dies geschieht, müssen die Kommunen handlungsfähig sein, denn es ist u. a. ihre Aufgabe Investitionen in die kommunale Infrastruktur zu tätigen und dafür zu sorgen, dass marode Straßen, kaputte Kinderspielplätze und sanierungsbedürftige Schulen bald der Vergangenheit angehören.

Die Gemeinde Kleinblittersdorf fordert deshalb:

- dass die weiterhin angespannte und unverschuldete Finanzsituation unserer Gemeinde auch auf Bundesebene Anerkennung findet. Nachdem das Land die Hälfte der kommunalen Kassenkredite der Saar-Kommunen übernommen hat, ist jetzt der Bund an der Reihe. Wir fordern eine vollständige kommunale Altschuldenhilfe für finanziell besonders belastete Kommunen, so schnell es geht.
- dass die saarländischen Abgeordneten sich zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland bekennen. Unsere gewählten Mitglieder des Deutschen Bundestags sollten die Altschuldenhilfe aktiv unterstützen und damit den Weg für eine verfassungsändernde Mehrheit freimachen.

- die künftige Bundesregierung dazu auf, keine weiteren Aufgaben auf die kommunale Ebene zu übertragen, ohne deren nachhaltige und langfristige Finanzierung sicherzustellen.